

---

FDP Bad Vilbel

## **FDP BAD VILBEL LEHNT INTEGRIERTES KLIMASCHUTZKONZEPT AB: ZU WENIG AMBITIONIERT, ZU WENIG WIRKSAM**

19.02.2026

---

Bad Vilbel, 15.02.2026

Die FDP Bad Vilbel lehnt das von der Stadtverwaltung vorgelegte integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) ab. Aus Sicht der Freien Demokraten bleibt das Konzept deutlich hinter den notwendigen Anforderungen an eine wirksame, pragmatische und technologieoffene kommunale Klimaschutzpolitik zurück.

„Klimaschutz und Klimaanpassung sind zu wichtig für Symbolpolitik und unverbindliche Konzepte“, betont Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, Ortsvorsitzender der FDP Bad Vilbel. „Das vorgelegte IKS ist leidet an einem geringen Ambitionsniveau, fehlenden messbaren Zielen und einem Mangel an investiven Maßnahmen mit effektiver CO2-Minderung. Darüber hinaus ignorieren die Berechnungen geplante Investitionen der Privatwirtschaft und Energiebedarfe der Therme und Rechenzentren.“

Ein wesentliches Defizit des IKS ist aus Sicht der Freien Demokraten das Fehlen klarer, messbarer Zielgrößen. Weder konkrete CO2-Reduktionsziele noch verbindliche Zwischenziele oder Indikatoren seien definiert. Ebenso fehlen eine Ableitung und Priorisierung der Maßnahmen nach Kosten-Nutzen und tatsächlicher Wirksamkeit. „Ohne messbare Ziele und tatsächlich wirksame Maßnahmen bleibt Klimaschutz politisch unverbindlich und administrativ folgenlos“, betont Elvis Ness, Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung.

Die Freien Demokraten haben frühzeitig gefordert, den gesamten Bestand öffentlicher Liegenschaften systematisch zu analysieren und daraus einen priorisierten, investiven Sanierungsfahrplan als Vorbildfunktion abzuleiten. Stattdessen beschränke sich das IKS

im Wesentlichen auf den Aufbau eines kommunalen Energiemanagements zur Erfassung von Verbräuchen. "Energieverbräuche digital zu messen ist sinnvoll – aber Messen allein spart kein CO<sub>2</sub>. Entscheidend sind Sanierungen und Investitionen, die sich rechnen, und klare Umsetzungsentscheidungen“, erklärt die FDP-Fraktionsvorsitzende Anja Nina Kramer. "Allein eine von über 100 Liegenschaften, die Kläranlage, soll energetisch saniert werden. Das Konzept ist unvollständig," so Kramer weiter.

Auch der Verweis auf das integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) könne eine solche Analyse nicht ersetzen. Das ISEK benenne einzelne wenige Gebäude, stelle aber keine vollständige, stadtweite Bestandsaufnahme der kommunalen Liegenschaften dar. Dazu gehörten zahlreiche Kitas, Verwaltungsgebäude und kulturelle Einrichtungen in der Kernstadt sowie in Dörflweil, Gronau, Heilsberg und Massenheim. Große Hebel bleiben ungenutzt. Aus Sicht der FDP verpasst das IKSZ zentrale Chancen, indem es nicht nur keine verbindliche energetische Sanierungsstrategie für öffentliche Gebäude umfasst, sondern zu dem die Rolle der Stadtwerke als Kompetenzträger und Hauptakteur in der Energie- und Wärmeversorgung vernachlässigt.

Die FDP kritisiert außerdem das Fehlen pragmatischer, technologieoffener Maßnahmen. Als Beispiel nennen die Freien Demokraten die Nutzung von aus Altspeiseöl oder Fettresten hergestelltem HVO100 im städtischen Fuhrpark, den sie immer wieder gefordert haben. "Seit Ende Mai 2024 ist paraffinischer Dieselkraftstoff für den allgemeinen Verkauf in Deutschland freigegeben, darunter auch HVO100. Bei einem jährlichen Dieselverbrauch von 50.000 Liter, kann die Stadt von heute auf morgen 90% der Treibhausemissionen und andere Schadstoffe einsparen, insgesamt über 120 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Der Einsatz von sauberem Diesel ist besonders sinnvoll bei Fahrzeugen, die nicht elektrifiziert werden können, etwa im Bereich Feuerwehr oder Bauhof." so Andreas Bauditz, Liberaler aus Massenheim und Ingenieur für Fahrzeugtechnik.

„Wir brauchen Lösungen, die sofort und nachhaltig wirken – nicht nur langfristige Zielbilder und Wunschvorstellungen“, so die FDP unisono. Die FDP Bad Vilbel spricht sich für eine grundlegende Überarbeitung und Wiedervorlage des IKSZ in der nächsten Legislaturperiode aus. „Bad Vilbel kann mehr als dieses IKSZ. Wir brauchen Klimaschutz mit Wirkung – nicht nur Papiere für Fördereinrichtungen“, so das Fazit der FDP.